

Beschluss des Landrats vom 12.03.2026

Nr. 1614

37. Strategieoffensive in der BUD – Ergebnisse liefern, Grossprojekte meistern 2025/161; Protokoll: bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Christine Frey (FDP) dankt Regierungsrat Isaac Reber für die Glückwünsche zum Geburtstag. Das hat sie sehr gefreut, trotz der regelmässigen Kämpfe, die sie und der Baudirektor im Landrat austragen.

Die Strategieoffensive hat Grossprojekte zum Ziel. Sie möchte eine klare und verbindliche Projektsteuerung für alle Hoch- und Tiefbauprojekte ab CHF 20 Mio. Es soll eine Etappierung und Meilenstein-Budgetierung vorgenommen werden, das bedeutet, dass jede Etappe einen Zeitrahmen haben soll, in dem die Bauinhalte aufgezeigt und die Kosten verbindlich festgelegt werden. Zweitens soll die Strategieoffensive die vertragliche Einbindung der Partner sicherstellen. Das bedeutet, dass Eigentümer, Baurechtsträger und Mitinvestoren bereits ab der Vorprojektphase miteinbezogen werden. Drittens soll ab CHF 50 Mio. ein externes Projektcontrolling zur Prüfung von Fortschrittsrisiken und Budgeteinhaltung eingeführt werden. Und viertens möchte die Offensive verbindliche Transparenz bei Richtungswechseln herstellen, indem das Parlament frühzeitig informiert wird und Alternativen dargelegt werden.

Der Regierungsrat lehnt den Vorstoss ab. Wenn aber Grossprojekte erfolgreich durchgeführt werden sollen, braucht es eine klare Strategie und keine lose Abfolge von Bewilligungen. Heute werden Projekte zwar etappenweise genehmigt, aber die Etappierung ist rein administrativ und ersetzt kein strategisches Projektmanagement mit klaren Meilensteinen, Verantwortlichkeiten und verbindlichen Budgetphasen.

Zur wiederholten Aussage, es würde ein Bürokratiemonster kreiern: In der heutigen Zeit der Digitalisierung sollten solche Prozesse wesentlich effizienter werden. Digitalisierung bedeutet nicht, ein PDF automatisch per Mail zu verschicken. Digitalisierung heisst, ganz andere Instrumente einzuführen, die auch dank KI selber vernetzen und weitere Informationen zur Verfügung stellen können. Deshalb sollte dies in der heutigen Zeit nicht zu einem Mehr an Bürokratie führen. Ein weiteres Argument des Regierungsrats für die Ablehnung ist, dass vieles bereits heute geschehe. Wäre dies aber der Fall, so gäbe es das Problem der feststeckenden Projekte nicht. Es werden Millionen in die kantonale Infrastruktur investiert, entsprechend müsste die Steuerung doch auf dem Niveau von Planungssicherheit, Verbindlichkeit und Transparenz sein.

Auch diese Motion wandelt Christine Frey in ein Postulat um. Es könnte die BUD dorthin bringen, wo sie hingehört: Von der Verwaltung zur Steuerung und sie könnte Strukturen schaffen und Ergebnisse ermöglichen, statt einfach nur Projekte in den Raum zu stellen und dann klappt es nicht. Es wird um Unterstützung dieses Postulats gebeten.

Marco Agostini (Grüne) betont, dass die bürgerliche Seite eine Mehrheit in der Bau- und Planungskommission habe. All diese Punkte können dort eingebracht werden. Marco Agostini ist nicht mit allem einverstanden, was der Finanzdirektor in der Finanzkommission erzählt, und er hat ihn dort auch schon kritisiert. Wenn aber die Finanzkommission etwas verlangt, dann wird es geliefert. Das wäre beim Baudirektor genauso der Fall. All diese Diskussionen gehören nicht in den Landrat. Die meisten Anwesenden können inhaltlich nicht mitreden. Deshalb ist dies ein Fall für die Kommission. Im Landrat ist es einfach nur langweilig, denn Marco Agostini kann sich mit diesen Dingen

nicht auseinandersetzen. Vielleicht macht man dies mit Absicht, weil man ein Publikum oder mediale Aufmerksamkeit möchte. Die Arbeit muss in den Kommissionen getan werden.

Urs Kaufmann (SP) sagt, es sei doch ganz normal, dass Projekten ein Plan inklusive Meilensteinen zugrunde liege. Unter anderem im Rahmen der Landratsvorlagen sieht man die Etappierung und auch in der BPK wird dies aufgezeigt. Das grosse Aber: Die meisten Projekte haben dermassen viele Schnittstellen, dass das Risiko sehr gross ist, dass irgendeine dieser Schnittstellen Sand ins Getriebe streut und man nicht vorwärtskommt. Das kann keine Verbindlicherklärung eines Terminplans verhindern. Man kann leider nicht mehr Verbindlichkeit schaffen als heute bereits angestrebt wird. Weiter wird die vertragliche Einbindung von Partnern gefordert. Das ist selbstverständlich immer das Ziel und das muss man machen. Wieder das Beispiel der Tramverlängerung in Allschwil: Man kann ja nicht beim Start des Projekts mit allen Beteiligten einen Vertrag abschliessen, dass sie damit einverstanden sind und nur allem zustimmen werden. Das geht einfach nicht. Es gibt eine Entwicklung eines Projekts, dann folgt eine Meinungsbildung über einen demokratischen Prozess und dann gibt es unterschiedliche Haltungen, wie dies nun halt in Allschwil der Fall ist. Es ist schleierhaft, wie mit irgendwelchen Verträgen zu irgendeinem Zeitpunkt noch mehr erreicht werden kann, als man es heute bereits versucht.

Das geforderte externe Controlling bei Projekten ab CHF 50 Mio. wird bereits heute in der Regel angewandt. Das hätte in Allschwil aber zu keinerlei Verbesserungen geführt im Vergleich zur heutigen Situation. Letztlich handelt es sich um eine politische Frage, ob man dieses Projekt möchte oder ein anderes. Entsprechend nützt auch diese Forderung nicht viel. Zur Frage nach der Transparenz bei Projektabweichungen: Diese stellt sich immer dann, wenn man an einem Punkt angelangt ist, an dem eine Entscheidung gefällt werden muss, wie jetzt auch in Allschwil. Irgendwann muss man entscheiden und es kommt zu einer Urnenabstimmung, wodurch die Transparenz immer automatisch gewährleistet ist. Auch hier kann man also nicht mehr machen als heute bereits getan wird.

All diese Forderungen bringen keinen Mehrwert. Eine Überweisung als Postulat führt einfach dazu, dass es irgendwann einen Bericht geben wird, aber das nützt nichts, das ist einfach zusätzliche Bürokratie. Die grossen Risiken, dass Sand ins Getriebe der grossen Projekte kommt, bestehen auf einer ganz anderen Ebene, nämlich auf dem Niveau politischer Haltungen und Meinungen der Beteiligten. Daraus resultieren Widerstände und Einsprachen. Das sind die Gründe, warum sich etwas verzögert. Verbindliche Festlegungen seitens der BUD und irgendwelche Verträge helfen da überhaupt nicht.

Rolf Blatter (FDP) wendet sich an Marco Agostini: Dieser meint, diese Diskussion gehöre nicht in den Landrat. Vor etwa einer Stunde haben wir über einen einzelnen Fussgängerstreifen gesprochen, ein Thema, das eigentlich die Verkehrspolizei regelt und nicht der Landrat. Die Diskussion über dieses Postulat gehört also sehr wohl hier hin.

Zum Thema zusätzliche Kosten: In der Vorlage zum Verwaltungsneubau ist unter externen Honoraren ein Betrag von etwa CHF 3 Mio. für «Bauherrenvertretung» vorgesehen – das obwohl es in der kantonalen Verwaltung genügend Personen gibt, die die Aufgabe der Bauherrenvertretung wahrnehmen könnten/müssten/sollten. Wenn aber ein externes Controlling gefordert wird, dann ist das plötzlich falsch. Im Gegenteil: Das tut sogar Not, damit Fehlentwicklungen festgestellt werden. Marco Agostini hat gesagt, wenn die Finanzkommission etwas verlangt, dann wird geliefert. Das ist eben mit der BUD nicht immer so. Es werden auch Dinge verlangt, wie beispielsweise rund um das Thema der Birsquerung. Im November 2023 wurde eine Machbarkeitsstudie beschlossen. Der Auftrag ist überschaubar und wurde auf sieben Seiten festgehalten. Zweieinhalb Jahre später liegt diese Studie noch immer nicht vor. Es wird einfach nicht umgesetzt. Deshalb werden solche Vorstösse eingereicht und Rolf Blatter macht beliebt, das Postulat zu überweisen.

Peter Riebli (SVP) führt aus, wenn der Kanton Millionen in ein Projekt hineinstecke, dürfe man wohl erwarten, dass irgendjemand hinschaue und zwar nicht erst dann, wenn das Geld weg ist. Die Kontrolle muss bereits während der Projektausführung gewährleistet sein. Kontrolle bedeutet nicht Misstrauen, sondern Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern. Der Regierungsrat meint, Controlling sei seine Sache. Aber genau da liegt das Problem. Wenn man alles nur intern anschaut, fehlt die unabhängige Sicht von aussen und genau diese braucht es aber bei Grossprojekten, die über Jahre laufen, die Hunderte von Millionen kosten und manchmal fast endlos sind. In vielen Kantonen ist es übrigens heute schon Standard, dass Projekte über 50 Mio. Franken ein externes Controlling erfordern. Das schafft Transparenz und verhindert teure Fehlentwicklungen. Ein externer Blick hilft eben auch, Risiken und Schnittstellenprobleme rechtzeitig zu erkennen und anzugehen sowie Fehlentwicklungen zu stoppen, wodurch Vertrauen in das ganze Projekt geschaffen wird. In der Privatwirtschaft ist dies selbstverständlich. Peter Riebli hat viele Projekte geleitet, bei der er stets durch ein externes Controlling begleitet wurde. Das sollte doch eigentlich auch in der öffentlichen Verwaltung Standard sein. Wer sauber arbeitet, hat überhaupt nichts zu befürchten von einem externen Controlling, im Gegenteil handelt es sich um ein wertvolles Hilfsmittel. Peter Riebli will auch nicht zusätzliche Bürokratie, aber klare Verantwortungen, klare Risikoabschätzungen und ein klares Controlling, damit jederzeit bekannt ist, wo man steht. Wer Millionen ausgibt, muss auch Rechenschaft ablegen können. Dafür sorgt genau dieses Postulat. Mehr Transparenz, weniger Schönfärbereien und eine Verwaltung, die zeigt und beweist, dass sie das Geld des Bürgers ernst nimmt und sorgfältig ausgibt. Das Postulat steht für mehr Verantwortung, Klartext und sauberes Arbeiten.

Urs Kaufmann (SP) antwortet Peter Riebli: Selbstverständlich braucht es bei gewissen Projekten externes Controlling. Das wird heute ja bereits angewendet. Es ist aber immer die Frage, zu welchem Zeitpunkt es das braucht und was das externe Controlling bringen kann, beispielsweise bei der Tramverlängerung Allschwil: Ein teures, externes Controlling von Beginn an hätte gar nichts gebracht. Es wird geprüft, ob die Terminpläne realistisch sind, aber es kann nicht vorhergesehen werden, wie viele Einsprachen oder wie grosser politischer Widerstand aufkommen wird. Die Plausibilität der Kosten kann beurteilt werden, was hier aber auch getan wurde. Daran liegt es aber nicht. Bei der Tramverlängerung ist das Problem, dass unterschiedliche Vorstellungen zu diesem Projekt bestehen. Daran kann kein externes Controlling etwas ändern. Die vorherige Aussage war: Externes Controlling ist kein Allheilmittel und entsprechend braucht man es auch nicht immer und zu jedem Zeitpunkt. Es kann dabei helfen, dass man früher oder noch schneller erkennt, wenn es bei den Kosten aus dem Ruder läuft oder unrealistische Kostenschätzungen vorgenommen werden. Christine Frey möchte aber, dass man bei wichtigen Projekten schneller vorankommt. Dabei hilft das externe Controlling überhaupt nicht.

Gzim Hasanaj (Grüne) muss Marco Agostini zustimmen: Auch er fühlt sich langsam veräppelt. Vor allem, wenn über Privatwirtschaft in einer Art doziert wird, als wäre das der Weisheit letzter Schluss. Eigentlich ist das Thema ja sehr trivial. Was der Vorstoss verlangt, sollte bei jedem Fachhochschulstudierenden spätestens ab dem vierten Semester bekannt sein. Es ist davon auszugehen, dass im Projektmanagement im Kanton einige Leute involviert sind, die mindestens über einen Fachhochschulabschluss verfügen. Worüber wird also diskutiert? Es entsteht der Eindruck, die bürgerlichen Parteien möchten Aussenaufträge, um sie unter Freunden verteilen zu können. Gzim Hasanaj redet aus Erfahrung. *[Heiterkeit]* In seiner Gemeinde wurde für eine einfache Umstrukturierung durch einen bürgerlich dominierten Gemeinderat CHF 600'000 für eine externe Beratung gesprochen. Eigentlich müssten Gemeinderat und Gemeindeverwaltung das ohne Aussenhilfe schaffen. Aber ja, wenn man solche Aufträge mag und Lust hat, Geld auszugeben, warum nicht? Das ist das, was ihr scheinbar sehr gerne macht.

Marc Schinzel (FDP) wurde von Marco Agostinis Appell, solche Dinge in Kommissionen zu diskutieren, zu einem Votum provoziert. Peter Riebli hat ausgeführt, wie viel Geld auf dem Spiel steht. Jedes Landratsmitglied hat das Recht, Vorstösse einzureichen. Marco Agostini hat gemeint, es sei langweilig. Er hat beispielsweise einen Vorstoss zum «Festival 150 Jahre Jura-Bahn» eingereicht. Das darf er natürlich ebenso. Ein anderes Mal diskutierte der Landrat eine Stunde lang über die Priorisierung der Schneeräumung auf Velorouten. Das verwendet Marc Schinzel immer als Beispiel dafür, dass das Parlament vielleicht nicht immer ganz so effizient ist. Aber das ist halt das Recht aller Landratsmitglieder. Die Vorstösse von anderen können inhaltlich kritisiert werden, aber nicht, dass sie überhaupt eingereicht werden.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) ist ein wenig sprachlos. Teilweise wird im Landrat schon sehr informationsbefreit diskutiert. Wer glaubt, dass es bei grösseren Projekten keine Steuerung, kein externes Reporting und so weiter gebe, dann hat man das einfach noch nie angeschaut. Als Beispiel das Berufsbildungszentrum, ein CHF-200-Mio.-Projekt: Der Landrat hat dieses Geld bewilligt und vertraut dem Regierungsrat, dass in diesem Rahmen das gebaut wird, was bestellt wurde. Damit das Projekt funktioniert, gibt es eine Projektsteuerung. An diese wird rapportiert. Es gibt externe Audits, die an die Projektsteuerung rapportieren. Darin ist auch der Finanzdirektor vertreten, weil es eben um sehr viel Geld geht. Jetzt möchte der Landrat ein weiteres externes Controlling, das an ihn berichtet. Dabei stellen sich Fragen nach Kompetenz und Verantwortung. Wenn das erfolgt, kann sich der Regierungsrat herausnehmen und die Beurteilung dem Landrat überlassen. So funktioniert das nicht. Mit dieser Vorstellung hat der Baudirektor Mühe und findet sie auch bedenklich.

An Rolf Blatter: Zuerst schimpft er über externe Kosten, dann fordert er diese aber wieder. Das geht einfach nicht auf. Wenn der Landrat selbst Projekte durchführen möchte, hat der Regierungsrat nichts dagegen, das entlastet ihn sogar und man kann wieder gemeinsam Jassen gehen. *[Heiterkeit]* So geht es doch nicht. Jeder hat seine Rolle. Das Parlament wird eingeladen, sich auf seine Rolle zu besinnen – auch bei grossen Projekten. Wenn das Gefühl besteht, sie seien nicht gut organisiert oder gesteuert, dann kann man auf den Regierungsrat zukommen. Diesbezüglich wurde aber nichts vernommen. Deshalb: Ja, man darf einen solchen Vorstoss einreichen, aber man muss ihn ja nicht überweisen.

://: Mit 39:33 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) vermutet, das nächste Traktandum würde mehr Zeit beanspruchen als die verbleibenden fünf Minuten. Deshalb schliesst er die Sitzung um 16.25 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend.
